

## Von hinten aufgepäult

**Drei Monate nach der FDP legte auch die SPD ihre Linie für ein Presserechtsrahmengesetz fest: Journalisten sollen danach über die Entlassung ihrer Chefredakteure und die Tendenz ihrer Zeitung mitbestimmen.**

SPD-MdB Peter Glotz, Medienexperte seiner Fraktion, trieb die Genossen zur Eile an: „Je näher die Bundestagswahlen rücken, desto weniger Mut hat die Regierung zu progressiven Beschlüssen.“

Im Sitzungssaal 1901 des Bonner Abgeordnetenhochhauses „Langer Eugen“ hatte sich am vergangenen Freitag eine Runde sozialdemokratischer Presserechtsplaner unter Vorsitz des nordrhein-westfälischen Justizministers Dieter Posser versammelt, um hinter verschlossenen Türen über ein immer wieder ins Stocken geratenes sozialliberales Reformvorhaben zu beraten: ein Presserechtsrahmengesetz, das den 20 000 westdeutschen Journalisten Mitbestimmungsrechte garantieren soll. Noch vor der Sommerpause wollen sich die Koalitionspartner auf einen gemeinsamen Gesetzentwurf einigen.

FDP-Unterhändler Gerhart Baum, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesinnenministerium, über ein erstes Koalitionsgespräch in der vorletzten Woche: „Wir haben die Absichten der anderen Seite zur Kenntnis genommen, einiges ist bei uns auf Reserven gestoßen.“

Die FDP hatte ihre Vorstellungen zu einem neuen Presserecht bereits auf ihrem Parteitag im November letzten Jahres offengelegt. Nach den in Wiesbaden gegen den Widerstand liberaler Verleger und Publizisten verabschiedeten „Leitlinien liberaler Medienpolitik“ sollen Redakteure künftig Chefredakteure vorschlagen und über ihre Einstellung mitentscheiden dürfen. Auch über eine Änderung der „grundsätzlichen publizistischen Haltung“ ihrer Zeitung und über den Redaktionsetat werden Journalisten nach dem FDP-Plan künftig mitreden, allerdings nicht mitentscheiden dürfen. Verleger und Chefredakteur sollen außerdem per Gesetz verpflichtet werden, eine gewählte Vertretung der Redakteure regelmäßig über die wirtschaftliche Situation des Blattes zu unterrichten und vor Einstellung oder Kündigung von Redaktionsmitgliedern anzuhören.

SPD-Glotz lobte damals: „Die FDP hat sich auf dem Gebiet der Medienpolitik als soziale Reformpartei erwiesen.“

Nun wollen auch die Sozialdemokraten nicht länger hinter den Liberalen zurückstehen. Der Parteivorstand hatte



**FDP-Medienplaner Baum**  
Mitbestimmung bei Einstellung

sich bereits vor Jahresfrist zwar auf die vage Forderung festgelegt, das Presserechtsrahmengesetz müsse die journalistische Unabhängigkeit durch „klare Kompetenzabgrenzung“ und „spezifische Mitbestimmungsrechte“ garantieren, das Thema jedoch zur weiteren Beratung einer 30köpfigen Medienkommission zugewiesen — die ihrerseits erst einmal eine Unterkommission „Presserecht und innere Pressefreiheit“ installierte.

Das bislang vertrauliche Papier, das die Posser-Runde am Freitag beschlossen hat und das jetzt noch vom Parteivorstand abgesegnet werden muß, deckt sich in einigen Punkten — Vorschlags-



**SPD-Medienplaner Glotz**  
Mitbestimmung bei Entlassung

recht der Redaktion bei der Berufung von Chefredakteuren und Mitspracherecht über den Etat — mit den Wiesbadener FDP-Vorstellungen.

Anders als die Freidemokraten wollen die sozialdemokratischen Medienplaner den Verlegern jedoch gestatten, Chefredakteure auch gegen den Willen der Journalisten zu bestellen; nur die Entlassung müßte von der Redaktion genehmigt werden. SPD-Pressekommissionär Hellmut Sieglerschmidt: „Wir haben das Pferd einfach von hinten aufgepäult.“

Anders als in den FDP-Leitlinien soll nach SPD-Wunsch der Redaktionsrat auch über Versetzung und Entlassung von Kollegen „wegen journalistischer Äußerungen“ (Kommissions-Vorlage) mitentscheiden. Außerdem sieht das SPD-Papier vor, daß der Redaktionsvertretung (in der Regel sieben Mitglieder) mindestens zwei Betriebsräte angehören. Presserechts-Planer und Juso-Vorstandssprecher Klaus-Detlef Funke: „Sonst wird das doch nur ein Wischiwaschi-Gesetz.“

Die Parteilinken setzten sich auch — gegen den Widerstand von Posser und Glotz — in einem weiteren Punkt durch: Die Grundkompetenz, das bislang allein dem Verleger vorbehaltene und von der FDP nicht angetastete Recht, die allgemeine Zeitungstendenz festzulegen oder zu wechseln, soll nach dem Beschluß der SPD-Kommission stark eingeschränkt werden. Ohne Zustimmung des Redaktionsrates, so die Kommissionsmehrheit, soll der Verleger künftig weder Grundtendenz noch Charakter seines Blattes ändern dürfen. Posser und Glotz dagegen, synchron zum Wiesbadener Beschluß der Liberalen, wollten die Zeitungseigner lediglich verpflichtet, bei einem Kurswechsel „Übereinstimmung über die geplante Änderung anzustreben“.

Ohne Debatte verabschiedeten die Kommissionäre eine bereits von der FDP vorgeschlagene Sozialklausel, nach der Redakteure, die nach einem Richtungswechsel ihrer Zeitung nicht länger mitarbeiten wollen, großzügig abgefunden werden. Außer sechs Monatsgehältern (FDP- und SPD-Vorschlag) können sie nach dem SPD-Entwurf noch für jedes Dienstjahr einen Extrabonus in Höhe eines Monatsgehalts verlangen.

Endgültig verworfen haben die Sozialdemokraten einen schon liebgewordenen Ladenhüter: die sogenannte Einigungsstelle, die Differenzen zwischen Verleger und Redaktion darüber, ob eine geplante Veröffentlichung den Grundsätzen des Blattes entspricht, schlichten sollte. Dieses Schiedsgericht sollte sich nach ursprünglichen SPD-Plänen paritätisch aus Verlagsspitze und Redaktion zusammensetzen und mit einem zusätzlichen neutralen Mann angereichert werden, über den

sich die übrigen Mitglieder der Clearing-Stelle hätten einigen müssen.

Als die Medien-Experten nach mehr als vierstündiger Debatte am Freitagabend diese Passage aus ihrem Papier getilgt hatten, machte sich Erleichterung breit. Ein Kommissionsmitglied: „Ich glaube, wir haben die Tassen im Schrank gelassen.“

## SOZIALDEMOKRATEN

### Nur noch makaber

**NRW-Ministerpräsident Heinz Kühn, SPD, verliert zunehmend an Boden im eigenen Land. Als er sich mit den Jusos anlegte, piff ihn der SPD-Vorstand zurück.**

Heinz Kühn nahm sich die Jusos vor. Da gäbe es „Exemplare“, die er lieber gehen sähe und denen „man beim Wechsel zur DKP nachhelfen“ sollte. Die SPD müsse sich von Personen und Papieren distanzieren, wenn sie nicht, so Kühns düstere Prognose, „verdienstmaßen zu einer 25-Prozent-Partei“ schrumpfen solle.

Anlaß für die schonungslose Schelte gab dem Düsseldorfer Ministerpräsidenten der Entwurf eines nach seiner Ansicht „anti-sozialdemokratischen“ Juso-Papiers mit über einhundert „Kriterien“ (Juso-Meinung), an denen die Partei-Jugend in Nordrhein-Westfalen Kandidaten für Kommunal- und



**Juso-Kritiker Kühn**  
Partei verprellt

Jungsozialisten sollten einige „mißverständliche Fragen klarstellen“ und könnten alsdann das Papier „erneut zur Diskussion stellen“.

Nachricht mit den Nachkommen, einen Korb für Kühn — so etwa scheint die NRW-Partei-Führung gegenwärtig programmiert.

„Er hat undifferenziert auf die Jusos eingepregelt“, monierte Vorstandsmitglied Werner Kuhlmann (Chef der Polizei-Gewerkschaft), „und uns vorab schon erklärt, was wir beschließen werden.“ Werner Figgen, seit September vergangenen Jahres Kühn-Nachfolger im SPD-Landesvorsitz, wertet: „Es gibt unqualifizierte Äußerungen zur unpassenden Zeit“ — auf allen Seiten offenbar.

Kühn überzog im voreiligen Verriß. Der Landesvorstand unter spielte womöglich ebenfalls vorschnell (Juso-Chef Wilhelm Vollmann: „Wir haben nichts zu korrigieren und nichts zurückzunehmen“). Und die Jünger selber verprellten lange vor den Wahlen künftige

Kandidaten mit ihrem katechistischen Katalog.

Unter dem „Aspekt der Politisierung der Partei“ und mit dem Ziel, „versteckte konservative Politik zu beleuchten“ wie „sozialistische Alternativen“ aufzuzeigen, wollen die Jusos Mandatsbewerber nicht nur auf parteipolitische Grundsätze, sondern auch so abklopfen:

- ▷ Hält sich der Genosse an Parteibeschlüsse oder wird er Zielvorstellung

gen sogenannten „Sachzwängen“ unterordnen?

- ▷ Nutzt er einen Parteiratsbeschuß zur Diffamierung der Parteilinken?
- ▷ Steht er für die Einrichtung von Abenteuerspielplätzen und gegen einen freiwilligen Polizeidienst?

Weiter möchten die Polit-Prüfer wissen, ob ihr Mann gegen den Radikalenbeschuß der Ministerpräsidenten und einen höheren Devisenausgleich an die Amerikaner ist, ob er „Gewerbewachstum“ ablehnt und die Forderung nach Vergesellschaftung der Banken „offensiv gegenüber der Bevölkerung“ vertritt — was sie erwarten. Und er soll erklären, was er von „Mobilisierungsaktionen“ wie „Hausbesetzungen“ hält: Hat er sie „offen unterstützt“ oder versucht, „sie abzubremsen und abzuwiegeln“ — was sie ankreiden würden.

Schließlich müßte der Bewerber seine wirtschaftlichen „Abhängigkeiten“ offenlegen und sein „Verhältnis zum politischen Gegner“ aufdecken — „außerparteiliche Verbindungen“ eingeschlossen. Dazu Kühn, der noch bis 1980 nordrhein-westfälischer Regierungschef sein möchte und gelegentlich auch Kontakte zur Opposition pflegt: „Ich werde doch wohl noch mit einer hübschen CDU-Frau ins Kino gehen dürfen.“

Juso-Vorsitzender Vollmann denkt weniger locker. In seiner Vorstellung hat Kühn die „Diffamierungen von Kohl, Köppler, Dregger und Strauß“ übernommen. Dieses „neuerliche Kottieren mit den Argumenten der Reformfeinde in der CDU/CSU“ könne er „nur noch als makaber“ bezeichnen.

Juso-Replik und Partei-Reserve markieren keineswegs zum ersten Mal, daß der reisefreundige Kühn bei aller Welt, doch längst nicht mehr bei der NRW-Partei zu Hause ist. Zwar wurde der Altgenosse erst im vergangenen Frühjahr zum Brandt-Stellvertreter aufgewertet. Doch bei den Freunden daheim hat er — vor allem wegen seiner Konzessionen gegenüber dem Koalitionspartner FDP — an Statur verloren.

Schon im letzten Sommer nahm der niederrheinische SPD-Bezirks-Vorsitzende Hans Otto Bäumer den „selbsterhellichten Landesvater“ öffentlich an: „Bedauerlicher Vorfall der Führungskraft“, „einsame Beschlüsse“, „Mißachtung der Parteigremien“.

Als Kühn auf dem Münsteraner Landesparteitag im Herbst vor drohendem „Ideologismus“ und vor Linken warnte, „die ihre Vorstellungen ... mit Sendungsbewußtsein und Intoleranz erzwingen wollen“, ließ die Partei ihn nur auslaufen. Für sein damals projektiertes Schwarzbuch über die Roten in der SPD gibt der SPD-Landesvorstand ihm nun kein Geld.

Die jüngste Kühn-Brüskierung durch den Parteivorstand aber reute alsbald sogar Kühn-Kritiker. Bäumer beispielsweise, der die Juso-Fragen als „demüti-



Rheinische Post

### Abserviert?

Landtagswahl 1975 messen will. „Das ist ein linker Inquisitions-Fragenkatalog“, empörte sich Kühn, den der SPD-Landesvorstand mit Sicherheit „nicht freigeben“ werde.

Fünf Tage danach, am Montag vergangener Woche, nahm sich der Landesvorstand den Landesvater vor. Zwar seien die Juso-Fragen „entbehrlich“, befanden die Parteioberen nach über fünfständiger Debatte mit dem Nachwuchs, doch „Diffamierungen“ deswegen noch lange nicht gerechtfertigt. Die